

Beschluss des Beirats Östliche Vorstadt

vom 10. Oktober 2023

zum

Das Viertel, sicher, offen und lebenswert für alle

Das Viertel zieht mit Gastronomie und Kulturveranstaltungen, Einzelhandel und Dienstleistungen ein großes und vielfältiges Publikum an. Als Einwohner:innen im Viertel wollen wir uns nicht auseinander dividieren lassen und auch angesichts von Problemen solidarisch im Miteinander bleiben. Derzeit sind viele, die im Viertel leben, wohnen, ausgehen, arbeiten oder Geschäfte betreiben, negativ von Veränderungen betroffen. Dabei handelt es sich um gesamtbremsende bzw. gesellschaftliche Entwicklungen, die auch in anderen Großstädten zu beobachten sind.

Im Viertel hat sich die Sicherheitslage verschlechtert. Die Zunahme der Gefährdung wird sowohl subjektiv wahrgenommen als auch durch Zahlen belegt. Die folgenden Faktoren tragen dazu bei: Einbrüche in Geschäfte und private Räume sowie Raubüberfälle und der Drogenverkauf.

Wir wollen in unserem Stadtteil Verbesserungen schaffen, damit sich alle hier wohl fühlen können, dazu gehören insbesondere Hilfsangebote für benachteiligte Gruppen.

Das Viertel war und ist ein Ort, der nicht nur von Menschen aus dem Stadtteil, sondern auch von vielen Menschen von außerhalb angesteuert wird. Die vielfältigen Kulturangebote und nicht zuletzt der liberale Lebensgeist des Stadtteils ziehen die Menschen an. Doch die Stimmung im Viertel wird schlechter. Deshalb sind in den letzten Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen worden, die weiterhin umgesetzt bzw. verstetigt sowie durch neue Maßnahmen ergänzt werden müssen.

Beschluss

Der Beirat fordert den Senat auf, die folgenden Maßnahmen einzuleiten oder zu intensivieren:

1. Die Bürger:innen müssen sich – auch abends und nachts – ungefährdet im öffentlichen Raum bewegen können. Streifen von Polizei und Ordnungsdienst müssen zu Fuß stattfinden und an Freitagen, Samstagen und vor Feiertagen durchgeführt werden, wie vom Beirat in seinen Beschlüssen am 14.03.2023 und 09.11.2021 bereits gefordert.
2. Der polizeiliche Notruf muss erreichbar sein und die Polizei muss zeitnah am Einsatzort eintreffen.
3. Sozialpolitische Maßnahmen zur Unterstützung der Suchtmittelabhängigen müssen intensiviert werden. Dafür müssen zeitnah Haushaltsmittel bereitgestellt werden.
4. Der Ziegenmarkt (und das Steintor vom Sielwall bis zur St. Jürgen-Straße) muss durch Maßnahmen der Stadtentwicklung zu einem Ort des Verweilens für alle werden, z.B. durch Vorkaufsrechte der öffentlichen Hand. Daher fordern wir die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, ein Stadtentwicklungskonzept für den Ziegenmarkt und eine Aufwertung des Steintors, inklusive Mecklenburger Platz, zu erarbeiten und umzusetzen.

5. Die Einsatzzeiten des Awareness-Teams müssen auf den späten Nachmittag bis in die frühen Abendstunden ausgeweitet und seine Finanzierung muss verstetigt werden. Die Teams müssen bei der Suche nach einem Gewerberaum zu günstigen Konditionen als sichtbaren Anlaufpunkt und als Rückzugsraum für Gespräche mit Betroffenen unterstützt werden.
6. Für die temporäre Straßensperrung am Sielwall-Eck vor Wochenend- und Feiertagen muss, wie bereits in den Beschlüssen vom 27.08.2020, 29.06.2021, 09.11.2021 und 14.03.2023 und gefordert, wieder Personal eingesetzt und entsprechend finanziert werden.
7. Wir fordern die Senatorin für Soziales auf, ein Konzept zum Umgang mit heranwachsenden Straftäter:innen zu entwickeln.
8. Es soll geprüft werden, ob die Einrichtung einer Waffenverbotszone im Viertel als Präventionsmaßnahme wirkungsvoll sein kann. Das Ergebnis der Prüfung soll bis 1.3.2024 vorgelegt werden.
9. Die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes soll im Viertel regelmäßig überprüft werden.
10. Wir fordern, dass ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Bremer Stadtreinigung der Lage angepasste Reinigungsintervalle an besonders verschmutzten Orten in der Östlichen Vorstadt umsetzen kann. Insbesondere die öffentlichen Toiletten am Osterdeich müssen weiterhin in Betrieb und finanziert bleiben, wie bereits im Beschluss am 4.1.2023 gefordert, und die zusätzliche Flächenreinigung des Osterdeichs muss umgesetzt und finanziert werden.